

Verlag: 50 Pfennig, Einzel 10 Pf., Sonntags 15 Pf.
Berliner Morgenpost, Berlin, Reichstag Berlin 300.

Donnerstag, 2. Februar 1933 10 Pfennig

Reichstag aufgelöst

Neuwahlen 5. März - Die erste Entkäsung: ein Vierjahresplan

Reichstanzler Hitler und Vizekanzler von Papen waren gestern beim Reichspräsidenten, um ihm über ihre Verhandlungen mit dem Zentrum Bericht zu erstatten.

Auf Grund dieses Berichts hat der Reichspräsident folgende Verordnung über die Auflösung des Reichstags erlassen:

„Nachdem sich die Bildung einer arbeitsfähigen Mehrheit als nicht möglich herausgestellt hat, ist es auf Grund des Artikels 25 der Reichsverfassung dem Reichstag auf, damit das deutsche Volk durch die Wahl eines neuen Reichstags auf der neu gebildeten Regierung des nationalen Zusammenstoßes Stellung nimmt.

Berlin, 1. Februar 1933.

von Hindenburg.

Gleichzeitig wurde durch eine weitere Verordnung des Reichspräsidenten vom gestrigen Tag der 5. März 1933 als Wahltermin bestimmt.

Die Nationalsozialisten im Preussischen Landtag haben beantragt, den Landtag auf den kommenden Sonnabend einzuberufen. Auf die Tagesordnung dieser Sitzung stellen sie den Antrag auf Neuwahlen auch in Preußen. Präsident Kerrl hat dem Antrag stattgegeben: es ist wahrscheinlich, daß der Antrag auf Auflösung im Landtag angenommen wird.

Das deutsche Volk wird also in vier Wochen abernials wählen müssen. Es nimmt die Herausforderung an, die in der Verordnung des Reichspräsidenten ihren Ausdruck findet. Nun erhebt sich die Frage: Wird unter dem jetzigen Wahlrecht gewählt werden und falls die Wahlfreiheit gewährleistet sein? Von zufälliger Stelle wird erklärt, daß grundsätzliche Änderungen an dem geltenden Wahlrecht nicht beschloßfähig seien, insbesondere nicht eine Herabsetzung des Frauenstimmrechts. Aber Änderungen des Wahlgesetzes werden zugegeben, die dementsprechend auf offizieller Formulierung „nur um ganz geringfügige Änderungen“ handeln können. Näheres hierüber zu erfahren wäre dringend erwünscht.

In der Verordnung des Reichspräsidenten über die Auflösung des Reichstages wird von einer „neuegebildeten Regierung des nationalen Zusammenstoßes“ gesprochen. In dem an anderer Stelle veröffentlichten Aufsatze über unsere Regierung ist die Rede von den „Novemberpartei“, von den „Parteien, die den Zusammenbruch verschuldet hätten“ und anderem mehr. Aber wenn verdammt Hindenburg seine Wiederwahl? Doch nur den „Novemberpartei“! Wer waren denn bei der Reichspräsidentenwahl die Nationalsozialisten? Sie für Hindenburg oder die für Hitler gestimmt haben? Die ehemaligen Wähler des Reichspräsidenten von Hindenburg können es sich denken, von dem Gewählten heute als „nicht national“ bezeichnet zu werden.

Die Rechte der Volksvertretung

Überwachungs-Ausschuss nicht bestehen

Nach der Auflösung des Reichstages gewinnt auch die bis zum Zusammenstoß des neuen Reichstages vorgelegten beiden händigen Ausschüsse des Reichstages erhebliche Bedeutung. Es handelt sich um den Auswärtigen Ausschuss und den Ausschuss zur Wahrnehmung der Rechte der Reichsregierung. Dieser letztere Ausschuss, der unter dem Namen „Überwachungs-Ausschuss“ bekannt ist, steht unter dem Vorbehalt des parlamentarischen Reichstages. Vizepräsidenten v. v. d. Reiche. Der Auswärtige Ausschuss wird von dem nationalsozialistischen Reichsinnenminister 7. 1. d. gestützt.

Ein Aufruf der Regierung

In der gestrigen Kabinettsitzung hat der Reichstanzler dem Reichsabinett einen Aufruf an das deutsche Volk vorgelesen, der vom Kabinett gebilligt und vom Reichstanzler selbst über den Rundfunk verbreitet wurde.

„Die nationale Regierung will das große Werk der Reorganisation der Wirtschaft mit zwei großen Vierjahresplänen lösen: Rettung des deutschen Bauern zur Erhaltung der Ernährung und damit der Lebensgrundlagen der Nation; Rettung des deutschen Arbeiters durch einen gewaltigen und umfassenden Angriff auf die Arbeitslosigkeit.“

In vierzehn Jahren haben die Novemberpartei den deutschen Bauernstand ruiniert, in vierzehn Jahren haben sie eine Armee von Arbeitslosen geschaffen. Die nationale Regierung wird folgende Pläne verwirklichen:

„Binnen vier Jahren muß der deutsche Arbeiter der Verelendung entzogen sein, binnen vier Jahren muß die Arbeitslosigkeit endgültig überwunden sein.“

Gleichlaufend damit ergeben sich die Voraussetzungen für das Aufblühen der übrigen Wirtschaft.

Wit der grundlegenden Aufgabe der Sanierung der Landwirtschaft wird die Regierung verbunden die Sanierung von Reich, Ländern und Gemeinden in verwaltungs- und steuerrechtlicher Hinsicht. Den Grund für diese Arbeiten wird die Lösung der Probleme der Arbeitsdienstpflicht und der Siedlungspolitik bilden.“

Der Aufruf befaßt sich ferner eingehend mit den sozialen Wünschen, denen sich die neue Regierung verschrieben hat. In der Sparlosigkeit ihrer Verwaltung in der Förderung und Erhaltung des deutschen Bauerntums, in der Überwindung der Initiative des einzelnen ländlichen Betriebes für die Vermeidung eines jeden Experiments, das die deutsche Währung geschädigen könnte.

Außenpolitisch steht die neue Regierung ihre höchste Mission in der Wahrung der Lebensrechte und der Wiedererringung der Freiheit des deutschen Volkes.

„Indem sie entschlossen ist“, so heißt es weiter, „den schwierigen Zuständen in Deutschland ein Ende zu machen, wird sie sich bemühen, Deutschland als gleichwertiges und damit gleichberechtigtes Mitglied in die Reihe der übrigen Völker einzufügen.“

Die Regierung ist erfüllt von der großen Verantwortung, die sie für die Erhaltung und Befestigung des Friedens eingetreten, dessen die Welt mehr als zuvor bedarf, und sie wünscht auch, das Verständnis der andern für diese Arbeit zu erhalten.

So groß die Liebe zum Vaterland als dem Symbol der großen deutschen Verantwortung ist, so sehr wird die Regierung jedoch befaßt, wenn die Welt durch ihre praktische Verwirklichung des Ab-

rückungsgebodens eine Verneuerung der deutschen Rüstung nicht mehr erforderlich machen würde.

„Gott aber“, so heißt es dann in dem Aufruf weiter, „Deutschland diesen Aufstieg nie abgeben, denn jetzt dies eine entscheidende Zeit vor uns: die Überwindung der kommunistischen Diktatur, die Verwirklichung der demokratischen Ordnung.“

Die Führer dieser Regierung fassen aus unermesslicher für die empfindliche Wahrung des Klassenkampfes und des Klassenkampfgebodens. Nicht einen Stand haben wir bei anderer Arbeit vor uns, sondern das deutsche Volk in der Gesamtheit seiner Bürger, Bauern und Arbeiter. Gutschnitten und getrennen sich wollen wir diese Politik dem deutschen Volk selbst zur Entscheidung stellen.“

Die Regierung appelliert dann zum Schluß in dem Aufruf an das deutsche Volk, diesen Willen der Regierung nach Kräften zu unterstützen, und sie betont noch einmal ausdrücklich, daß sie „arbeiten will und arbeiten wird“. Die Regierung ist entschlossen, in vier Jahren die Schuld von vierzehn Jahren wieder gut zu machen. Der Aufruf schließt dann mit einem nachdrücklichen Appell an das deutsche Volk und mit einem Hinweis auf den „Befehl“, den der Reichspräsident der Regierung Hitler mit seiner Berufung gegeben habe.

— und was dazu zu sagen ist

Diese Kundgebung, die deutlich die Grund des neuen Regierungsgedankens verrät, mutet an, als sei sie dem Axiom der nationalsozialistischen Verfassungsstrategie entnommen. Von einer Regierung, die so hochgehende Pläne äußert, darf das deutsche Volk erwarten, daß sie eine der Stunde angemessener Sprache spricht. Das deutsche Volk muß auch verlangen, daß eine Regierung, die den Aufruf erhebt, das deutsche Volk wieder zu geschlossener Einheit zu bringen, sich mit ihrem Kundgebungen auf eine höhere Stufe stellt, und sich nicht auf ein Niveau begibt, das vielleicht für Parteiverfammlungen im Sportplatz passen würde.

Was wir gestern vernommen und gehört haben, ist eine Partei-Erklärung vom reinsten Wasser, genau wie diese Regierung zunächst eine Parteiregierung ist, die Regierung einer Minderheit von zwei Parteien, die nun gewonnen hat, an das Volk zu appellieren, weil für ihre Politik eine verfassungsmäßige Mehrheit nicht vorhanden ist.

Aus dem Aufruf möchten wir für heute nur zwei entscheidende Punkte herausheben: Reichstanzler Hitler bringt einmal von vierzehn Jahren, das andere Mal von seiner Diktatur auf die „Novemberpartei“, die Reich und Staat gerettet habe, als diejenige, die heute den Monopolspruch auf das Wort „national“ erheben, sich in die Reihen derer verzeichnen haben. Die vier Jahre, die nun kommen, sollen nach dem Willen Hitlers auf das Regime der neuen Regierung entfallen, die offenbar vor Ablauf dieser Zeit die Macht nicht aus der Hand zu

Genau zwei Wochen während der im Reichstag zu freies, vor der letzten Sitzung...
Erst heute ist es...
Erst heute ist es...
Erst heute ist es...

„Denn aber die andere Front...
Die Diktatur...
Die Diktatur...
Die Diktatur...“

„Nachdem sich die Bildung...
„Nachdem sich die Bildung...
„Nachdem sich die Bildung...“

Die Nationalsozialisten...
Die Nationalsozialisten...
Die Nationalsozialisten...“

Das deutsche Volk wird...
Das deutsche Volk wird...
Das deutsche Volk wird...“

In der Verordnung...
In der Verordnung...
In der Verordnung...“

Was die Wahlfreiheit...
Was die Wahlfreiheit...
Was die Wahlfreiheit...“

Wirtschaftliche...
Wirtschaftliche...
Wirtschaftliche...“